



Deutsche Umwelthilfe



Umweltinstitut
München e.V.

Bundesminister für Landwirtschaft,
Ernährung und Heimat
Herrn Alois Rainer
11055 Berlin

6. November 2025

Offener Brief: Verbände fordern Maßnahmen und Finanzierung zur Pestizidreduktion

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wir, die unterzeichnenden Verbände, vermissen von Ihnen als Bundeslandwirtschaftsminister ein klares Bekenntnis zur nachhaltigen Reduktion der Belastung von Mensch und Umwelt – einschließlich des Trinkwassers – durch Pestizide sowie die unmissverständliche Anerkennung der geltenden Zuständigkeiten bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln.

Anlass unseres Schreibens sind die Streichung des Zukunftsprogramms Pflanzenschutz und der dafür vorgesehenen 1,66 Millionen Euro sowie Inhalte des Verbandegesprächs am 7. Oktober 2025.

In vielen sektorübergreifenden Diskussionen – unter anderem in der Zukunftskommission Landwirtschaft – wurde ein breiter gesellschaftlicher Konsens erzielt: Biodiversität muss besser geschützt und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln spürbar reduziert werden. Der Koalitionsvertrag sieht vor, „den Umfang und das Risiko beim Pflanzenschutzmittel-einsatz“ zu reduzieren. Mit Besorgnis stellen wir fest, dass diese dringend notwendige Transformation der Landwirtschaft nun in Frage gestellt wird. Mühsam erzielte Kompromisse werden zurückgenommen, Programme gestrichen.

Die Streichung des Zukunftsprogramms setzt falsche Signale. Es hätte Anreize für Landwirtinnen und Landwirte schaffen können, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln wirksam zu reduzieren. Die zentralen Ziele der europäischen sowie der deutschen Biodiversitätsstrategie, bis 2030 das Risiko und den Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide um 50 Prozent zu verringern, drohen verfehlt zu werden.

Der intensive Einsatz chemisch-synthetischer Pestizide gefährdet nicht nur die Gesundheit der Beschäftigten in der Landwirtschaft – Parkinson ist inzwischen als pestizidbedingte Berufskrankheit anerkannt – sondern auch die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner. Studien zeigen, dass Pestizide bis in Wohn- und Schlafräume gelangen können [1] und Menschen in Gebieten mit intensivem Pestizideinsatz, etwa im Weinbau, besonders stark belastet sind [2].

Die Reduktion des Pestizideinsatzes dient dem Schutz von Gesundheit, Umwelt und biologischer Vielfalt – und ist damit Grundlage für eine zukunftsfähige Landwirtschaft. Der aktuelle Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) „[Europe's environment 2025](#)“ zeigt erneut, dass es – auch in Deutschland – große Defizite beim Ausbau des ökologischen

Landbaus und bei der Bekämpfung chemischer Verschmutzung gibt. Er belegt zudem die erheblichen ökologischen Schäden, die durch den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft entstehen. Dies unterstreicht die Dringlichkeit, den Pestizideinsatz zu verringern und landwirtschaftliche Betriebe dabei fachlich, politisch und finanziell zu unterstützen.

Mit Sorge sehen wir Forderungen, die Rolle des Umweltbundesamtes (UBA) im Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel zu schwächen. Dieser Anspruch beruht auf falschen Annahmen. Weder gibt es in Deutschland weniger zugelassene Mittel als in anderen Ländern, noch dauern Zulassungsprüfungen hier länger. Der [EU-Auditbericht von 2024](#) bescheinigt Deutschland ein „gut strukturiertes Zulassungsverfahren“ und beschreibt das Ziel des Pflanzenschutzgesetzes (PflSchG) dahingehend, „sicherzustellen, dass Entscheidungen über die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln hinreichend unabhängig getroffen werden und den erforderlichen Umweltschutz gewährleisten“. Eine Herabstufung des UBA zur Benehmensbehörde würde dem PflSchG widersprechen und wäre eine unakzeptable Schwächung des Schutzes von Bevölkerung, Biodiversität und Umweltressourcen.

Das Problem der wachsenden Resistenzen gegen Pestizide lässt sich nicht durch mehr Chemie lösen. Die Lösungen liegen in der Förderung agrarökologischer Methoden und im Ausbau des ökologischen Landbaus. Diese Ansätze senken langfristig Umwelt- und Gesundheitskosten und sichern die Ernährung auch in Zukunft.

Analog zum bayerischen Volksbegehren „Rettet die Bienen“ haben über eine halbe Million Bürgerinnen und Bürger allein in Deutschland die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“ unterstützt. Sie fordern eine schrittweise Abkehr von chemisch-synthetischen Pestiziden und finanzielle Unterstützung für den Wandel hin zu einer nachhaltigen Landwirtschaft.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, wir appellieren an Sie,

- **sich klar zum Pestizid-Reduktionsziel der Farm-to-Fork-Strategie von 50 Prozent bis 2030 zu bekennen,**
- **sich im Sinne des Koalitionsvertrags verbindlich für eine Verringerung des Pestizideinsatzes einzusetzen und die notwendigen Mittel im Haushalt dafür zu sichern,**
- **sich deutlich gegen eine Schwächung der Stellung des Umweltbundesamtes als Einvernehmensbehörde im Zulassungsprozess auszusprechen.**

Eine intakte Umwelt ist die wichtigste Grundlage für die Landwirtschaft von morgen. Wir freuen uns, mit Ihnen hierzu weiter ins Gespräch zu kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. - BUND
Bündnis für eine enkeltaugliche Landwirtschaft e.V. - BEL
Deutsche Umwelthilfe e.V. - DUH
NABU – Naturschutzbund Deutschland e.V.
Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. – PAN Germany
Umweltinstitut München e.V. - UIM

[1] <https://doi.org/10.1016/j.envpol.2022.119024>

[2] [PestiRiv : une étude pour mieux connaître l'exposition aux pesticides des personnes vivant en zones viticoles et non-viticoles](#)